

CDU/CSU
Fraktionssitzungssaal

3N 001

Bierdeckels Tod

Ortstermin: Im Berliner Reichstag berät der Finanzausschuss über eine deutsche Revolution.

Schneeregen pladdert auf das Glasdach, Reichstagsgebäude, Raum 3N 001, Fraktionssaal der CDU/CSU. Langsam tröpfeln sie ein, ältere Herren zumeist, mit grauen Haaren und grauen Anzügen, Sachverständige für eine Revolution, eine deutsche Revolution.

Es ist Mittwochmorgen, der erste Mittwoch der ersten Sitzungswoche im Jahr 2005, diesem Jahr der Entschlossenheit. Unten im Plenum gibt es eine aktuelle Stunde zum Thema Dioxin in Hühnereiern, hier oben geht es um Steuern, und das heißt, es geht um die Wurst. Um ein neues System, ein System, das jeder versteht. Um die ganz große Reform.

Der Finanzausschuss hat zu einer öffentlichen Anhörung eingeladen, beraten wird ein Antrag des Unionsabgeordneten Friedrich Merz und einiger Freunde, das Papier heißt: „Ein modernes Steuerrecht für Deutschland – Konzept 21“.

Der Bierdeckel.

Der Bierdeckel war die Revolution. Drei Steuersätze, sonst nichts, keine Schlupflöcher mehr, keine Ausnahmen, Pendlerpauschalen zum Beispiel. Eine Steuererklärung würde auf einen Bierdeckel passen, sagte Merz vor ungefähr einem Jahr. Es ist so viel passiert seitdem.

Heute ist Friedrich Merz irgendwo, jedenfalls nicht im Raum 3N 001. Das Konzept 21 ist ein etwas aufgeweichter Bierdeckel, labriger als das Original, voll gesogen mit Kompromissen, die Pendlerpauschale zum Beispiel ist wieder drin, es wird niemals eine deutsche Revolution geben ohne Pendlerpauschale.

Vorn in der ersten Reihe sitzt Professor Paul Kirchhof, einer von 47 geladenen Sachverständigen, 12 davon sind Professoren, die anderen kommen von Verbänden und tragen auch graue Anzüge, sie sehen aus wie Geschöpfe von Michael Ende, aber sie rauchen nicht.

Kirchhof hatte mal ein Steuersystem vorgeschlagen, das in einen Glückskeks gepasst hätte, 25 Prozent für alle, aber es gab andere Sachverständige, die sagten: Geht nicht. Kirchhof ist ein trauriger Revoluzzer, er blättert still in den schriftlichen Stellungnahmen aller anwesenden Sachverständigen, Papiere, die einen Haufen von 6,40 Zentimeter Höhe ergeben.

Um halb elf rumpelt ein Teewagen vom Catering-Service in den Saal, beladen mit Buletten und Wurstbrötchen, man hat jetzt vier Stunden Zeit, vier Stunden nur zum Reden. Ein Luxus der parlamentarischen Demokratie.

Rechts sitzen die Abgeordneten der Opposition, links die Abgeordneten der Regierung, dazwischen die Sachverständigen. Jede Fraktion hat ihre eigenen Sachverständigen geladen, CDU-Abgeordnete fragen CDU-Sachverständige, SPD-Abgeordnete fragen SPD-Sachverständige, politisch ist das logisch.

Konsens, dass in Deutschland etwas passieren muss.

Der Teewagen wird rausgeschoben, die ersten Sachverständigen füllen ein Formular aus, das aussieht wie der Mantelbogen einer Einkommensteuererklärung. Es ist der Antrag auf Aufwandsentschädigung für Sachverständige, 44 Euro gibt es pro Stunde, plus Spesen. Wer mit dem eigenen Kraftfahrzeug angereist ist, muss ankreuzen, ob sein Fahrzeug bis 50, bis 350, bis 600 oder über 600 Kubikzentimeter Hubraum hat.

„Wir brauchen eine Besinnungspause!“, ruft Professor Hickel.



Mitglieder des Finanzausschusses, Kellner: Luxus der Demokratie

Jemand von der CDU fragt Professor Kirchhof und Professor Lang: Brauchen wir ein anderes Steuersystem, einfach, verständlich? Brauchen wir das Konzept 21?

„Es ist notwendig, diesen großen Schritt zu gehen“, sagt Professor Kirchhof.

„Ich kann mich den Worten von Professor Kirchhof nur anschließen“, sagt Professor Lang.

„Ho ho“, ruft Ortwin Runde von der SPD, er streicht gerade Senf auf seine Bulette, „ho ho!“

Die SPD fragt dann einen grauen Herrn vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, was das Modell 21 für die Staatsfinanzen bedeutet. Zu teuer, sagt der graue Herr, die Gegenfinanzierung fehlt.

Ortwin Runde fischt nach den Resten der Bulette und lächelt zufrieden.

Nach einer Stunde ist das Konzept 21 tot, die Revolution ist verreckt. Es besteht

Die Tür zum Sitzungssaal öffnet sich, ein neuer Teewagen rollt hinein, es gibt frische Stullen und neue Fragen. Was passiert mit der „Revitalisierung des Abgeltungssteuergedankens“? Mit der „Überdividendenbesteuerung“? Der „Gesamtbudgetinzidenz“? Der Unternehmensteuer? Der Körperschaftsteuer? Der Gewerbesteuer? Abschaffen, fordert die FDP, „die Gewerbesteuer ist der Dollpunkt der Reform“, sagt ihr Sachverständiger. Das wäre der Tod der Kommunen, sagt der Sachverständige der SPD.

Zu viele Fragen, zu wenig Zeit.

„Um halb vier ist zack, Schluss“, sagt die Ausschussvorsitzende Frau Scheel, „aber ich glaube, wir sind heute gemeinsam ein Stück weitergekommen.“

Das ganz große Ding kommt auf Wiedervorlage. Drinnen sammelt der Catering-Service Geschirr ein, draußen steht Professor Lang, der Sachverständige der CDU, und fasst das Ergebnis zusammen. „Schwierig, ganz schwierig“, sagt er, ein Haufen ungelöster Probleme. Er zieht den Mantel an und geht. Zurück bleibt die schriftliche Stellungnahme, die Professor Lang verfasst hat.

Man kann darin lesen, dass die letzte Steuerreform, also die wirklich „große Steuerreform“, von Reichsminister Matthias Erzberger geschaffen worden ist. Dass Revolutionen nur dann gehen, wenn nichts mehr geht. Erzbergers Reform stammt aus den Jahren 1919 und 1920. Deutschland hatte gerade den Ersten Weltkrieg verloren.

MATTHIAS GEYER